

S a t z u n g
der Gemeinde Spiesen-Elversberg über den
Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnanlage Mutterbachweg"

Aufgrund des § 12 des Saarländischen Kommunalselfstverwaltungsgesetzes (KSVG), in der Neufassung der Bekanntmachung vom 22. Juni 1994 (Amtsblatt S. 1077) und des § 7 des BauGB-Maßnahmengesetzes, Artikel 2 des Gesetzes zur Erleichterung des Wohnungsbaues im Planungs- und Baurecht sowie zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften (Wohnungsbauerleichterungsgesetz - WoBauErIG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 6. Mai 1993 erläßt die Gemeinde Spiesen-Elversberg mit Beschluß des Gemeinderates vom 6. Sept. 1995 die nachstehende Satzung:

§ 1
Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnanlage Mutterbachweg" umfaßt in Flur 5 die Flurstücke 15/3, 9/7 und 1/277 im Ortsteil Spiesen.

§ 2
Zweck und Ziel

Ziel der Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnanlage Mutterbachweg" ist die Errichtung von:

- 11 Mehrfamilienhäusern mit jeweils maximal 6 Wohneinheiten,
- zugehörigen 81 Stellplätzen und 12 Garagen,
- mehreren Stichstraßen zur Erschließung des Gebietes sowie
- Gemeinschaftsanlagen (z. B. Kinderspielplatz).

§ 3
Bestandteile der Satzung

Bestandteil der Satzung ist der Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnanlage Mutterbachweg", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung und der Abwägung über den Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage).

§ 4
Verfahren

Folgende Verfahrensschritte wurden durchgeführt:

- Der Vorhabenträger WBUMA GmbH hat am 20. Okt. 1994 die Einleitung des Satzungsverfahrens über den Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnanlage Mutterbachweg" beantragt.
- Der Gemeinderat der Gemeinde Spiesen-Elversberg hat am 17. März 1995 beschlossen, das Satzungsverfahren zur Aufstellung des Vorhaben- und Erschließungsplanes "Wohnanlage Mutterbachweg" einzuleiten (§ 7 Abs. 3 BauGB-MaßnahmenG).

Der Beschluß über die Einleitung des Satzungsverfahrens wurde am 26. April 1995 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

- Die betroffenen Behörden, Stellen und die Träger öffentlicher Belange wurden (gem. § 7 Abs. 3 Satz 2 BauGB-MaßnahmenG) mit Schreiben vom 29. März 1995 an der Aufstellung der Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan beteiligt. Den Trägern öffentlicher Belange wurde eine Frist bis zum 2. Mai 1995 zur Stellungnahme eingeräumt.

- Den Bürgern wurde vom 5. Mai 1995 bis zum 6. Juni 1995 die Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben. In diesem Zeitraum wurde der Satzungsentwurf mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt (gem. § 7 Abs. 3 Satz 3 BauGB-MaßnahmenG).

Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 26. April 1995 ortsüblich bekanntgemacht.

- Während der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürgerbeteiligung gingen Bedenken und Anregungen ein, die vom Gemeinderat am 29. Juni 1995 geprüft und in die Abwägung eingestellt wurden. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Bedenken vorgebracht haben, mit Schreiben vom 13. Juli 1995 mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).
- Der Gemeinderat hat am 6. Sept. 1995 die Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnanlage Mutterbachweg" mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan als Bestandteil der Satzung beschlossen (§ 10 BauGB). Die Satzung besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.
- Die Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan wurde gem. § 11 Abs. 1, 2. Halbsatz, BauGB i. V. m. § 7 Abs. 3 BauGB-Maßnahmengesetz dem Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr angezeigt.

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gem. § 12 BauGB am 29.11.1995 ortsüblich bekanntgemacht.

§ 5 Inkrafttreten

Mit der Bekanntmachung tritt die Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnanlage Mutterbachweg" in Kraft (§ 12 Satz 4 BauGB). In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 Abs. 3 und 4 BauGB) hingewiesen worden.

Die Satzung ist am 29. Nov. 1995 in Kraft getreten.

Spiesen-Elversberg, den 25. Sept. 1995

Der Bürgermeister



[Handwritten signature]

PLANZEICHENERLÄUTERUNG

(NACH BAUGB IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANZV 1990)



0,44 z.B.

0,45 z.B.

TH **5,75 m**

FH **11,55 m**

GESCHOSSE

II



BAUWEISE

○



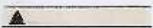
ST



RRB



GR., FR., LTR.



DACHFORM KW

Ga

HAUSFORM



△

● ● ●

GELTUNGSBEREICH

[§ 9 ABS. 7 BAUGB]

GRUNDFLÄCHENZAHL

[§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 16 ABS. 2 NR. 1 BAUNVO]

GESCHOSSFLÄCHENZAHL

[§ 9 ABS. 1 NR. 1 UND § 16 ABS. 2 NR. 2 BAUNVO]

HÖHE BAULICHER ANLAGEN, TRAUFHÖHE/
FIRSTHÖHE

[§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 18 BAUNVO]

ZAHL DER VOLLGESCHOSSE

[§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 20 ABS. 1 BAUNVO]

GEPLANTE GEBÄUDE MIT FIRSTRICHTUNG UND
DACHFORM

[§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB]

OFFENE BAUWEISE

[§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB UND § 22 ABS. 1 UND 2 BAUNVO]

FLÄCHEN FÜR GEMEINSCHAFTSANLAGEN

[§ 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB]

STELLPLÄTZE

KINDERSPIELPLATZ

VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER
ZWECKBESTIMMUNG

[§ 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB]

VERSORGUNGSLEITUNGEN

[§ 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB]

VORHANDENER ABWASSERKANAL

REGENRÜCKHALTEBECKEN

MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU
BELASTENDE FLÄCHEN

[§ 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB]

ANPFLANZUNGEN VON BÄUMEN

[§ 9 ABS. 1 NR. 25 A BAUGB]

GEHÖLZPFLANZUNGEN

PRIVATE GRÜN- UND FREIFLÄCHEN

HAUSEINGANG UND EINGANGSBEREICHE

KRÜPPELWALMDACH

GARAGE

EINZELHAUS

PAVILLON

BAUMSCHEIBE

GARAGENEINFART

POLLER

TEIL B: TEXTTEIL

FESTGESETZTE MASSNAHMEN (§ 7 BAUGB-MASSNAHMENGESETZ I.V.M. BAUGB)

1. Art der baulichen Nutzung

analog § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

1.1 entsprechend § 3 Abs. 2 BauNVO (Reines Wohngebiet)

Es werden 11 Wohnhäuser mit je max. 6 Wohneinheiten errichtet. Je Gebäude werden 385,44 m² Wohnfläche geschaffen. In den Gebäuden werden je nach Nachfrage Wohnungen mit Größen von 48 m², 60m², 77m², 110 m² und 138 m² gebaut. In den 3 nördlichen Gebäuden werden je Gebäude giebelseitig 4 Garagen im Kellergeschoß errichtet.

Innerhalb der Wohngebäude sind gem. § 13 BauNVO Räume für freie Berufe zulässig.

2. Mass der baulichen Nutzung

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

2.1 Grundflächenzahl

entsprechend § 19 Abs. 1 BauNVO, siehe Plan, (bezogen auf das Rohbaumaß, planimetergenau)

2.2 Geschosßflächenzahl

entsprechend § 20 Abs. 2 BauNVO, siehe Plan (bezogen auf das Rohbaumaß, planimetergenau)

2.3 Vollgeschosse

entsprechend § 20 Abs. 1 und § 22 BauNVO, siehe Plan

2.4 Höhe baulicher Anlagen

hier: Traufhöhe und Firsthöhe entsprechend § 18 BauNVO

Die 11 Wohnhäuser werden mit einer max. Traufhöhe von 5,75 m und einer max. Firsthöhe von 11,55 m bezogen auf OK Rohdecke Erdgeschoß errichtet.

3. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

Die Gebäude werden an dem im Plan gekennzeichneten Standort errichtet. Die Rohbaumaße je Gebäude betragen 13,99 m x 11,99 m (ohne Balkon).

Außerhalb der überbaubaren Flächen sind Zufahrten, Zugänge und sonstige zur Wohnnutzung erforderliche Nebenanlagen (z.B. Pavillons) zulässig.

4. Bauweise

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

4.1 Bauweise

Die Gebäude werden in offener Bauweise entsprechend § 22 Abs. 2 BauNVO errichtet.

4.2 Hausform

Die 11 Wohnhäuser mit je max. 6 Wohneinheiten werden als Einzelhäuser errichtet.

5. Stellung der baulichen Anlage

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

Die Stellung der baulichen Anlage ist in der Planzeichnung durch die Darstellung der Gebäude mit Firstrichtung festgesetzt.

6. Flächen für Stellplätze

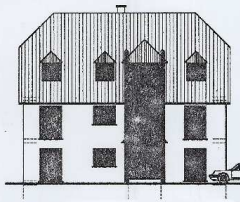
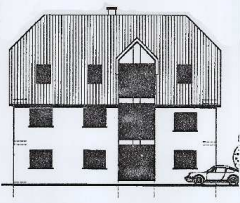
gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB

Auf den in der Planzeichnung gekennzeichneten Flächen werden insgesamt 81 Stellplätze errichtet. Eine Überdachung der nicht direkt vor den Gebäuden liegenden Stellplätze mittels Carports bzw. Pergolen ist zulässig.

In Anwendung des § 12 Abs. 6 BauNVO werden außerhalb der gekennzeichneten Flächen keine weiteren Stellplätze gebaut.

7. Gemeinschaftsanlagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB	Auf der im Plan dafür vorgesehenen Fläche wird ein Kinderspielfeld angelegt.																												
8. Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB	Die Erschließungsstraßen werden als Stichstraßen angelegt. Sie werden verkehrsberuhigt und als niveaugleiche Mischfläche ausgebaut und mit Verbundsteinen befestigt. Die Breite der Erschließungsstraße beträgt 5,50 m bzw. 4,00 m, im Wendebereich (Wohnhof) 12,00 m. Der nördliche der beiden Wohnhöfe wird durch Poller vom Mutterbachweg abgetrennt.																												
9. Führung von Versorgungsanlagen und Leitungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB	siehe Plan, hier Abwasserkanal und Regenrückhaltebecken																												
10. Die mit Gehr-, Fahr- u. Leitungsrecht zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastenden Flächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB	siehe Plan, hier Abwasserkanal vorhanden. Gehr-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten des Eigentümers der Parzelle 10/2																												
11. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB	Aus Gründen des Grundwasserschutzes werden die Stellplätze wasserundurchlässig befestigt. Das von den Stellplätzen abfließende Wasser wird dem Schmutzwasserkanal zugeleitet. Alle Gebäude werden mit einer Regenwasserückgewinnungsanlage ausgestattet.																												
12. Anpflanzen von Bäumen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB	<ul style="list-style-type: none"> die in der Planzeichnung eingezeichneten Bäume haben einen Stammumfang von 12 - 14 cm. erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB. 																												
13. Grün- und Freiflächen	Entsprechend § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB werden die nicht überbauten Grundstücksflächen mit einer pflegeintensiven Wiese und einer stark aufgelockerten Baum- und Strauchpflanzung (max. 20%) angelegt. Innerhalb der nicht überbauten Flächen ist das Anlegen von Wegen und Plätzen mit einer wasserdurchlässigen Belastung möglich. Das im Plan dargestellte Regenrückhaltebecken wird als Feuchtsiotop hergestellt. Zur Abschirmung des Spielplatzes zum Straßenraum hin wird der Spielplatz gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB durch eine 1,5 m breite Hecke aus einheimischen Gehölzen eingetafelt. Die Hecke wird mit einem durchschnittlichen Pflanzabstand von 1 x 1 m gepflanzt. <ul style="list-style-type: none"> für alle Pflanzungen werden nur Sträucher und Bäume der nachfolgenden Pflanzenliste verwendet. 																												
13.1 Pflanzliste	<table> <tr> <td>Feldahorn</td><td>Stieleiche</td></tr> <tr> <td>Bergahorn</td><td>Hundrose</td></tr> <tr> <td>Hängebirke</td><td>Brombeere</td></tr> <tr> <td>Hainbuche</td><td>Himbeere</td></tr> <tr> <td>Hartriegel</td><td>Salweide</td></tr> <tr> <td>Hassel</td><td>Schwarzer Holunder</td></tr> <tr> <td>Weißdorn (eigrifflig)</td><td>Sesselfarn</td></tr> <tr> <td>Weißdorn (zweiggrifflig)</td><td>Mehlbeere</td></tr> <tr> <td>Rotbuche</td><td>Eberesche</td></tr> <tr> <td>Esche</td><td>Winterlinde</td></tr> <tr> <td>Vogelkirsche</td><td>Sommerlinde</td></tr> <tr> <td>Schlehe</td><td>Wolliger Schneeball</td></tr> <tr> <td>Traubeneiche</td><td>Diverse Obstbaumsorten (ausschließlich Hochstämme)</td></tr> <tr> <td>Schwarzerle</td><td></td></tr> </table>	Feldahorn	Stieleiche	Bergahorn	Hundrose	Hängebirke	Brombeere	Hainbuche	Himbeere	Hartriegel	Salweide	Hassel	Schwarzer Holunder	Weißdorn (eigrifflig)	Sesselfarn	Weißdorn (zweiggrifflig)	Mehlbeere	Rotbuche	Eberesche	Esche	Winterlinde	Vogelkirsche	Sommerlinde	Schlehe	Wolliger Schneeball	Traubeneiche	Diverse Obstbaumsorten (ausschließlich Hochstämme)	Schwarzerle	
Feldahorn	Stieleiche																												
Bergahorn	Hundrose																												
Hängebirke	Brombeere																												
Hainbuche	Himbeere																												
Hartriegel	Salweide																												
Hassel	Schwarzer Holunder																												
Weißdorn (eigrifflig)	Sesselfarn																												
Weißdorn (zweiggrifflig)	Mehlbeere																												
Rotbuche	Eberesche																												
Esche	Winterlinde																												
Vogelkirsche	Sommerlinde																												
Schlehe	Wolliger Schneeball																												
Traubeneiche	Diverse Obstbaumsorten (ausschließlich Hochstämme)																												
Schwarzerle																													

GESTALTUNG GEM. § 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. § 83 ABS. 4 LBO

<p>FASSADE</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Wohngebäude werden in Form, Farbe, Material einheitlich aufeinander abgestimmt erstellt. Sie erhalten alle einen hellen Kunstharzputz mit Wärmedämmung. Die Fenster, Fenstertürelemente und die Haustür werden aus Holz hergestellt. Errichtet werden zwei Gebäudetypen, die sich in der Fassadengestaltung unterscheiden. Der Standort der Gebäudetypen ist der Planarstellung zu entnehmen. 	 <p>TYP 2</p> <p>DACH</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Wohnhäuser werden alle mit einem Krüppelwalmndach mit einer Dachneigung von 42° gebaut. Die Dächer werden einheitlich mit roten Ziegeln gedeckt. Der Kaminkopf wird mit Eternitblech verkleidet. Der Dachstuhl ca. 30 - 50 cm wird oberseitig mit Holz verbrätet. Die Dachaufbauten werden als Spitzgauben hergestellt. <p>AUSSENANLAGEN</p> <ul style="list-style-type: none"> Der Eingangsbereich wird mit Blocksteinen oder Pflastersteinen hergestellt. Die Gehwege zu den Gebäuden werden mit Verbundsteinen befestigt.
 <p>TYP 1</p>	

AUSGLEICHSMASSNAHMEN GEM. § 8A BNATSG

Alle festgesetzten grünordnerischen Maßnahmen gem. § 9 Abs. 20 und 25 a BauGB werden als Ausgleichsmaßnahmen von Eingriffsversuchern übernommen.

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs	siehe Plan
--	------------

HINWEISE

<ul style="list-style-type: none"> Das Planungsgebiet liegt in der geplanten Wasserschutzzone III des Wasserschutzgebietes "Spieser-Mühlte". Es werden folgende Richtlinien beachtet: <ul style="list-style-type: none"> Anforderungen an die Verwendung von aufbereiteten Abfallstoffen (Recyclingbaustoffen) und industriellen Nebenprodukten in Erd- und Straßenbau aus wasserwirtschaftlicher Sicht. Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag) Richtlinien für den Bau von Abwasseranlagen in Wassergewinnungsgebieten (RiAbwWag). <p>Daher werden Druckabnahmen der Entwässerung durchgeführt und die Druckprüfungen unterliegen der Unteren Bauaufsichtsbehörde übergeben.</p>	<ul style="list-style-type: none"> Das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Versorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen und Verkehrswesen wird bei Baumpflanzungen beachtet. Im Geltungsbereich des Vorhaben- u. Erschließungsplanes ist mit Munitionsfunden zu rechnen. Daher wird der Kampfmittelräumdienst eingeschaltet. Im Geltungsbereich des Vorhaben- u. Erschließungsplanes ist möglicherweise Bergbau umgegangen. Bei Ausschachtungsarbeiten wird daher auf Anzeichen von altem Bergbau geachtet. Bei Entdeckung von Anzeichen von altem Bergbau wird dies dem Oberbergamt mitgeteilt.
--	--

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung des Vorhaben- und Erschließungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- das Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch (BauGB-MaßnahmenG), Artikel 2 des Gesetzes zur Erleichterung des Wohnungsbaus im Planungs- und Baurecht sowie zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften (Wohnungsbauerleichterungsgesetz - WoBauErLG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 6. Mai 1993 (BGBl. I S. 622)
- die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichenverordnung (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58)
- die Bauordnung (BO) für das Saarland vom 10. November 1988 (Amtsblatt des Saarlandes Nr.

57/1988, S. 1373)

- der § 12 des Kommunal Selbstverwaltungs-gesetzes (KSVG) in der Neufassung vom 22. Juni 1994 (Amtsblatt des Saarlandes vom 08. August 1994, S. 1078)
- das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 889), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) vom 19. März 1993 (Amtsblatt des Saarlandes 1993, S. 346), zuletzt ergänzt durch Berichtigung vom 12. Mai 1993 (Amtsblatt des Saarlandes 1993, S. 482)
- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466).

VERFAHRENSVERMERKE

- Der Vorhabenträger WBUMA GmbH hat am 20.10.1994 die Einleitung des Satzungsverfahrens über den Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnanlage Mutterbachweg" beantragt.

- Der Gemeinderat der Gemeinde Spiesen-Elversberg hat am 17.03.1995 beschlossen, das Satzungsverfahren zur Aufstellung des Vorhaben- und Erschließungsplanes "Wohnanlage Mutterbachweg" einzuleiten (§ 7 Abs. 3 BauGB-Maßnahmen-gesetz).

Der Beschluß über die Einleitung des Satzungsverfahrens wurde am 26.04.95 ortsüblich bekanntge-macht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

- Die betroffenen Behörden, Stellen und Träger öffentlicher Belange wurden (gem. § 7 Abs. 3 Satz 2 BauGB-MaßnahmenG) mit Schreiben vom 29.03.95 an der Aufstellung dieses Vorhaben- und Erschließungsplanes beteiligt. Den Trägern öffentlicher Belange wurde eine Frist bis zum 02.05.95 zur Stellungnahme eingeräumt.

- Den Bürgern wurde vom 05.05.95 bis zum 06.06.95 Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben (gem. § 7 Abs. 3 Satz 2 BauGB-MaßnahmenG). In diesem Zeitraum wurde der Satzungsentwurf mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 26.04.95 ortsüblich bekanntgemacht.

- Während der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürgerbeteiligung gingen Bedenken und Anregungen ein, die vom Gemeinderat am 29.06.95 geprüft und in die Abwägung eingestellt wurden. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Bedenken vorgebracht haben, mit Schreiben vom 13.07.95 mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

Spiesen-Elversberg, den 14.07.95 Der Bürgermeister

- Der Gemeinderat hat am 06.09.95 die Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnanlage Mutterbachweg", mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan als Bestandteil der Satzung, beschlossen (§ 10 BauGB). Die Satzung besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.

Spiesen-Elversberg, den 09.09.95 Der Bürgermeister

- Der Vorhaben- und Erschließungsplan wurde als Bestandteil der Satzung ausgefertigt.

Spiesen-Elversberg, den 09.09.95 Der Bürgermeister

- Die Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan wurde gem. § 11 Abs. 3, 1. Halbsatz i.V.m. § 7 Abs. 3 BauGB-Maßnahmen-gesetz dem Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr angezeigt.

Saarbrücken, den 03.11.95 Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr
gez. He. ss Az. 611-6365/95
A/24

- Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gem. § 12 BauGB am 29.11.95 ortsüblich be-kanntgemacht.

Mit der Bekanntmachung tritt die Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnanlage Mutterbachweg" in Kraft (§ 12 Satz 4 BauGB). In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 Abs. 3 und 4 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am 29.11.95 in Kraft getreten.

Spiesen-Elversberg, den 29.11.95 Der Bürgermeister

VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLAN

"WOHNANLAGE MUTTERBACHWEG" SPIESEN - ELVERSBERG

▲ BEARBEITET IM AUFTRAG DER WBUMA GMBH

▲ AN DER ERSTELLUNG DES VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLANES WAREN BETEILIGT:

ENTWURF:
CHRISTIANE SCHWARZ

PROJEKTBEARBEITUNG:
THOMAS EISENHUT

PLANDESIGN:
GISELA DEBOLD

▲ AUGUST 1995

▲ VERANTWORTLICHER PROJEKTLITER:

DIPL.-ING. HUGO KERN
RAUM- UND UMWELTPLANER
BERATENDER INGENIEUR
GESCHÄFTSFÜHRENDER GESELLSCHAFTER

M = 1:500

0 5

25

50

ARGUS PLAN

INGENIEURGESELLSCHAFT FÜR ANGEWANDTE RAUM-, GRÜN-, UMWELT- UND STADTPLANUNG mbH
IN DER SCHLANGENGASSE 64, 66578 SCHIFFWEILER, TELEFON: 06824 - 91031. TELEFAX: 06824 - 91032